



FRAGEN & ANTWORTEN

ZUM ENGAGEMENT DER CARITAS FÜR SOZIAL GERECHTEN KLIMASCHUTZ



... für Aktionen vor Ort und
die Social-Media-Kommunikation



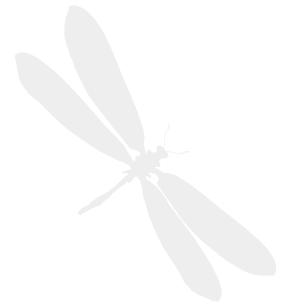
www.klima.caritas.de



Wer sich öffentlich für ambitionierten Klimaschutz ausspricht, muss auch mit Gegenrede und unangenehmen Fragen rechnen. Das gilt sowohl für den Wahlkampf in der Fußgängerzone als auch in den Kommentarspalten sozialer Netzwerke. Im Hinblick auf die Bundestagswahl am 26. September 2021 wird sich die Caritas mit Aktionsformaten vor Ort und via Social Media für mehr soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik stark machen. Besonders auf Plattformen wie Facebook besteht das Risiko, dass User uns kritische Fragen stellen. Um sprachfähig zu bleiben, haben wir Antwort-Snacks auf die häufigsten Fragen rund um das Thema „Klimaschutz und Caritas“ erarbeitet, die Sie frei nutzen können. Schon jetzt bedanken wir uns für Ihr Engagement und freuen uns, dass Sie sich für sozial gerechten Klimaschutz einsetzen.

Martin Herceg, Irene Bär und Astrid Schaffert,
Klimateam Deutscher Caritasverband e. V.

CARITAS UND KLIMASCHUTZ



Warum macht die Caritas jetzt auf Klimaschutz?

ANTWORTBAUSTEIN: Die Caritas setzt sich für einen sozial gerechten Klimaschutz ein. Einkommensärmere Personen, Ältere sowie Kinder und Jugendliche leiden stärker unter den Folgen der Klimakrise, sowohl im globalen Süden als auch in Deutschland. Dennoch hat die Klimapolitik bisher die Mittel- und Oberschicht z. Bsp. mit finanziellen Anreizen begünstigt. Der Deutsche Caritasverband sieht es als Teil seiner Verantwortung die soziale Ungerechtigkeit zu korrigieren, anzupassen und dafür zu sorgen, dass die Chancen und Lasten der Transformation hin zur Klimaneutralität fair verteilt werden.

Links zum Thema: <https://klima.caritas.de/podcast-folge1-caritas-klimaschutz/>

Ihr könnt viel fordern – macht doch erst mal selbst eure Hausaufgaben!

ANTWORTBAUSTEIN: Mit über 25.000 Diensten und Einrichtungen erzeugt die Caritas einen gewaltigen ökologischen Fußabdruck: Der große Bestand an Sozialimmobilien und Fahrzeugen, aber auch die Beschaffung von Energie und Lebensmitteln wirken sich hier aus. 2020 haben die höchsten Verbandsgremien den Beschluss gefasst, dass die Caritas bis 2030 klimaneutral werden soll. Hierzu haben sich Caritasverbände in ganz Deutschland verpflichtet, zeitnah massiv zu investieren, beispielsweise in Modernisierungsmaßnahmen am Immobilienbestand und in die Umrüstung der Mobilität. Um Unterstützung bei diesem Transformationsvorhaben zu erhalten, steht die Caritas schon heute im Austausch mit Bundesministerien und anderen Akteuren aus dem Bereich der Sozialwirtschaft. Außerdem gibt es bereits Caritas-Standorte, die innovative Lösungen hin zur Klimaneutralität voranbringen. Dieses vorhandene Knowhow soll künftig noch stärker genutzt und zugänglich gemacht werden.

Links zum Thema: <https://klima.caritas.de/caritasundklimaschutz/>

Die Caritas hat doch überhaupt keine Kompetenz für Klimafragen

ANTWORTBAUSTEIN: Die Caritas ist in der Tat keine klassische Umwelt- oder Klima-NGO – und das will sie auch nicht werden. Wenn es jedoch um Sozialpolitik und das Vertreten von Interessen der Menschen am Rand unserer Gesellschaft geht, kann die Caritas auf viel Expertise zurückgreifen. Und genau diese Expertise ist gefragt, wenn es darum geht, die nötigen Transformationsschritte hin zur Klimaneutralität anzugehen. Denn diese kann nur gelingen und auf gesellschaftliche Akzeptanz stoßen, wenn sie sozial gerecht gestaltet wird – und die Lasten und Chancen fair verteilt sind. Hier wollen wir unser Knowhow einbringen.

Links zum Thema: <https://klima.caritas.de/caritasundklimaschutz/>

Es gibt wichtigere Themen, um die sich die Caritas kümmern sollte als Klimaschutz!

ANTWORTBAUSTEIN: Unser Engagement für Klimaschutz hat nicht zur Folge, dass andere Arbeitsfelder der Caritas leiden. Ganz im Gegenteil sind wir davon überzeugt, dass unsere Klient*innen angesichts der bevorstehenden Transformation als Klimaverlierer determiniert werden, obwohl gerade die Einkommensschwachen den kleinsten Klimafußabdruck haben. Wenn wir jetzt nicht lautstark für sozial gerechte Klimapolitik werben und uns weiter nur auf das Hier und Jetzt konzentrieren, verletzen wir unsere anwaltschaftliche Pflicht und langfristig unsere Glaubwürdigkeit.

Links zum Thema: <https://klima.caritas.de/podcast-folge1-caritas-klimaschutz/>

Sorgt erstmal dafür, dass sich eure Tarifpolitik ändert bevor ihr Klimapolitik macht!

ANTWORTBAUSTEIN: Die Debatte um einen einheitliche Pflgetarif ist wichtig und die Entscheidungen der Caritas-Gremien werden intensiv diskutiert. Die Caritas setzt sich daher auch für eine neue Pflegereform ein. Unser Engagement für sozial gerechten Klimaschutz steht diesem Einsatz nicht im Weg. Ganz im Gegenteil wollen wir dafür sorgen, dass künftig nicht Kranken- und Altenpfleger/innen unter einer Klimapolitik leiden, die vor allem die Oberschicht bevorzugt und Lasten und Chancen der Transformation hin zur Klimaneutralität unfair verteilt.

Links zum Thema: <https://www.caritas.de/magazin/schwerpunkt/pflegereform/bessere-pflege>



KLIMA-BASHING ALLGEMEIN



Den menschengemachten Klimawandel gibt es doch gar nicht!

ANTWORTBAUSTEIN: Alle natürliche Faktoren, die das globale Klima beeinflussen, wirken entweder über längere Zeiträume (z.B. die Änderung von Erdbahnparameter) oder sie haben sich innerhalb der vergangenen Jahrzehnte nicht signifikant verändert (z.B. die Strahlungsintensität der Sonne). Die jetzige globale Erderwärmung wurde hauptsächlich von menschlichen Aktivitäten verursacht durch die Emission von Treibhausgasen grundsätzlich aus der Verbrennung fossiler Energiequellen. Davon sind wir – und mehr als 97 % der Klimaforscher_innen weltweit überzeugt.

Links zum Thema: https://tu-freiberg.de/sites/default/files/media/interdisziplinaeres-kologisches-zentrum-6414/klimawandel_klimaschwindel_web.pdf
<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-viele-moegliche-gruende-fuer-die-derzeitige-erderwaermung>

So schlimm sind die Folgen der Erderwärmung nicht!

ANTWORTBAUSTEIN: Der Klimawandel stellt eine ernste Bedrohung der Nahrungsmittelversorgung der Menschheit dar. Infolge der zunehmenden Trockenheit und Dürren sind Ernteeinbußen zu erwarten. Das Eis in den Polen schmilzt ab und der Meeresspiegel steigt, was Überschwemmungen in Küstengebieten zur Folge hat. Hier in Europa sind Hitzewellen häufiger zu beobachten, wodurch hitzebedingten Todesfälle ansteigen. Viele Arten können sich an die schnelle Veränderung des Klimas nicht anpassen und sterben aus, der sogenannte Biodiversitätsverlust. Die Folgen sind lebensbedrohend und betreffen alle Menschen.

Links zum Thema: https://ec.europa.eu/clima/change/consequences_de
<https://www.myclimate.org/de/informieren/faq/faq-detail/was-sind-die-folgen-des-klimawandels/>

Zu viel Klimaschutz macht alles teurer!

ANTWORTBAUSTEIN: Ganz im Gegenteil – die ungebremsste globale Erwärmung macht alles teuer. Ist die globale Temperatur erstmal gestiegen, werden die Schäden immens sein, die auftreten durch z. Bsp. den Anstieg des Meeresspiegels, Hochwasserereignisse sowie Hitzewellen. Klimaanpassungsmaßnahmen können begrenzt helfen, Schäden zu reduzieren. Doch nicht alle Länder können die für Klimaanpassung erforderlichen Investitionen stemmen, ganz zu schweigen von irreparablen Schäden.

Links zum Thema: [https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Kosten_des_Klimawandels_\(einfach\)](https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Kosten_des_Klimawandels_(einfach))

Nicht alle Reduktionen müssen in Deutschland geleistet werden – die anderen EU-Länder sollen auch etwas machen!

ANTWORTBAUSTEIN: Nicht jeder Mitgliedsstaat der EU kann dasselbe zum Klimaschutz beitragen, deswegen wurde eine „Lastenteilung“ beschlossen. Hierbei wurden nationale Emissionsziele für jeden Mitgliedsstaat festgelegt, welche auf ihre Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung basieren. Weniger wohlhabende Länder haben weniger ehrgeizige Ziele. Deutschland ist ein einkommensstarker Staat, seine Treibhausgasreduktionen (65% gegenüber 1990 bis 2030) müssen dementsprechend höher sein. Außerdem hat Deutschland seit Beginn der Industrialisierung deutlich mehr CO₂ ausgestoßen als die meisten Länder Europas und weltweit – hier geht es auch um historische Gerechtigkeit.

Links zum Thema: <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/eu-klimapolitik/>
https://ec.europa.eu/clima/policies/effort_de#tab-0-0

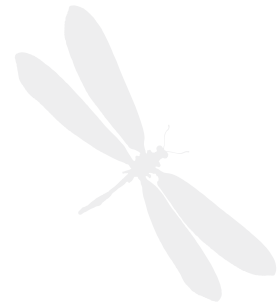
China und die USA sind die Klimasünder, nicht wir. Die sollen mal was machen!

ANTWORTBAUSTEIN: China und USA sind absolut betrachtet die zwei bedeutendsten CO₂-Emitenten weltweit, die Bundesrepublik befindet sich allerdings auf dem sechsten Platz der Top Ten. Pro Kopf berechnet beträgt der jährliche deutsche CO₂-Ausstoß 9,7 Tonnen, in China hingegen sind es 7,7 Tonnen. Alle Staaten sollen beim Klimaschutz ihren Beitrag leisten. Deutschland hat sich im Pariser Abkommen völkerrechtlich bindend zu ehrgeizigen Maßnahmen verpflichtet und angesichts seiner Führungsfähigkeit und seines großen politischen Einflusses, dient das Land als Orientierung für viele Schwellen- und Entwicklungsländer.

Links zum Thema: <https://www.klimafakten.de/node/2045#lang>
https://www.youtube.com/watch?v=qOyY-N4nSjC&feature=youtu.be&ab_channel=klima%3Aneutral



ZU UNSEREN POLITISCHEN FORDERUNGEN



KLIMAAUSGLEICH

Ihr fordert ein Klimaausgleichszahlung (Klimaprämie, Pro-Kopf-Rückvergütung) für alle. Warum sollen auch die Extrem-Verursacher Geld zurückbekommen?

ANTWORTBAUSTEIN: Stimmt, wir fordern eine 100-prozentige Rückvergütung der CO₂-Bepreisung pro Kopf. Das schließt Kinder und Senior_innen, Einkommensschwache und Millionäre mit ein. Damit versprechen wir uns eine leichtere und zeitnahe gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für diese Maßnahme. Es ist jedoch so, dass gerade Menschen, die durch ihren Lebensstil extrem viel CO₂-Emission verursachen, genau dieselbe Klimarückvergütung erhalten wie klimafreundlich lebende Menschen. Das hat zur Folge, dass besonders reiche Menschen im Schnitt mehr bezahlen als sie zurückerhalten, während einkommensschwache Haushalte und Familien finanziell profitieren werden. So findet eine dringend notwendige soziale Umverteilung statt.

Links zum Thema: www.klima.caritas.de/forderungen_bundestagswahl

Und wie soll am Ende der Klimaausgleich ausgezahlt werden?

ANTWORTBAUSTEIN: Hier sind verschiedene Modelle möglich. Zum einen könnte die Auszahlung über die Krankenkassen erfolgen. So geschieht das z. Bsp. in der Schweiz. Zum anderen wäre eine jährliche Auszahlung mit Hilfe der Steuer-IDs über die Finanzämter möglich. Für Härtefälle (Obdachlose, Kontolose, etc.) müssen zudem weitere niederschwellige Auszahlungsmöglichkeiten geschaffen werden. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, darf das Klimageld jedoch nicht mit Fürsorgeleistungen verrechnet oder über die jährliche Steuererklärung einforderbar werden.

Links zum Thema: https://www.diw.de/de/diw_01.c.800308.de/projekte/optionen_zur_auszahlung_einer_pro-kopf-klimapraemie_fuer_einen_sozialvertraeglichen_co2-preis.html

Also bekommt man mehr Geld zurück, wenn mehr CO₂ ausgestoßen wird – das ist doch kontraproduktiv!

ANTWORTBAUSTEIN: Die Rechnung ist einfach: Je höher der CO₂-Preis und Ausstoß umso höher die Summe, die für die Ausschüttung der Klimaprämie zur Verfügung steht. Angenommen der CO₂-Preis wäre heute schon bei 180 Euro pro t, dann würde bspw. eine vierköpfige Familie monatlich 600 Euro Klimageld erhalten. Der Anstieg der Verbraucherpreise jedoch wird zur Folge haben – und da sind sich alle Ökonom/innen einig – dass ein „Weiter so“ für den Einzelnen extrem teuer wird – so teuer, dass die Rückvergütung das nicht ausgleicht. Somit wird eine Lenkungswirkung erzielt. Und wenn sehr reiche Menschen meinen, weiter mit Privatjets und Sprintschleudern unterwegs sein zu müssen, wandert ihr Vermögen immerhin sukzessive auf die Konten derer, die klimafreundlich leben – und das sind in der Tat vor allen ärmere Menschen.

Links zum Thema: <https://www.boeckler.de/de/gender-18289-fairer-wandel-mit-klimapraemie-18665.htm>

SUBVENTIONSABBAU

Die ländlichen Regionen werden abgehängt beim Klimaschutz! Wenn Diesel und Benzin jetzt noch teurer wird, dann kann ich bald nicht mehr zur Arbeit kommen.

ANTWORTBAUSTEIN: Das Land-Stadt-Gefälle ist in der Tat ein großes Problem – auch klimapolitisch. Deshalb fordern wir einen massiven und unverzüglichen Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur. Besonders der Ausbau des ÖPNV ist wichtig, damit Menschen, die auf Mobilität angewiesen sind, eine vernünftige Handlungsalternative erhalten. Bis es soweit ist, muss der Gesetzgeber dafür sorgen, dass einkommensschwachen Haushalte, denen keine zumutbare Transportalternative zur Verfügung steht, dementsprechend finanziell unterstützt werden.

Links zum Thema: www.klima.caritas.de/forderungen_bundestagswahl

Also können wir uns bald keine Urlaubsreise mit dem Flieger leisten?

ANTWORTBAUSTEIN: Ein steigender CO₂-Preis und die Besteuerung von Kerosin werden dazu führen, dass Fliegen teurer wird – und Billigflüge, wie sie heute üblich sind, sich wirtschaftlich nicht mehr darstellen lassen. Auch der Urlaubsflug nach Mallorca wird hiervon nicht ausgenommen sein. Jedoch sind weltweit und auch in Deutschland die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung für mehr als 70 Prozent des Flugaufkommens verantwortlich. Wenn Normalverdiener in den Urlaub fliegen wollen, aber sonst CO₂-sparsam leben, wird durch das Pro-Kopf-Klimageld der finanzielle Spielraum gegeben, auch kostenintensiver zu reisen. Am Ende muss jeder selbst entscheiden, was ihm eine Flugreise wert ist.

Ist doch gut für die Umwelt, wenn E-Autos als Dienstwagen angeboten werden, oder?

ANTWORTBAUSTEIN: Auch ein E-Auto mitsamt Batterie muss erst einmal gebaut und mit Strom geladen werden. Wenn dieser Strom CO₂-neutral produziert wurde, ist der Betrieb von E-Autos in der Tat nicht klimaschädlich. Doch wer kommt in den Genuss eines Dienstwagens mit privater Nutzung? In Deutschland sind das zumeist Personen mit bereits hohem Einkommen, die sich auch ohne Subvention eine E-Auto leisten können. Außerdem sind nur wenige der zugelassenen Dienstwagen reine E-Autos. Oftmals werden sog. Plug-In-Hybride als Dienstwagen genutzt, die dann in der Praxis weiter mit fossilen Brennstoffen betrieben werden.

Ohne diese Subventionen bricht unsere Wirtschaft zusammen

ANTWORTBAUSTEIN: Viele Wirtschaftsbereiche sind tatsächlich von klimaschädlichen Subventionen abhängig, um gewinnbringend arbeiten zu können. Daher braucht es zeitnah technische und unternehmerische Alternativen. Unsere Wirtschaft muss die Transformation zur Klimaneutralität meistern. Das zeigen nicht zuletzt die jüngsten Gerichtsurteile (Shell-Uteil s. Link) Der Staat sollte also lieber Geld für Transformation von Geschäftsmodellen zur Verfügung stellen, statt klimafeindliche Wirtschaft künstlich am Leben zu halten. Nur so ist unsere Wirtschaft langfristig wettbewerbsfähig. Ein Festhalten am Status-Quo hätte langfristig hingegen verheerende Folgen für unsere Ökonomie.

Links zum Thema: https://www.deutschlandfunk.de/shell-verliert-klima-prozess-das-urteil-von-den-haag-und.2897.de.html?dram:article_id=497697

INFRASTRUKTURAUSBAU

Bis Infrastruktur (Bahn) soweit ausgebaut ist, schreiben wir das Jahr 2050 – das dauert zu lange!

ANTWORTBAUSTEIN: Nur weil etwas lange dauert, soll man nicht damit anfangen? Klar, neue Infrastruktur zu schaffen, kostet Zeit und Geld. Daher braucht es nachhaltig gedachte Planung verbunden mit massiven Investitionen im Hier und Jetzt. Wir tun unseren Kindern doch keinen Gefallen, wenn wir die Aufgabe weiter in die Zukunft schieben, weil sie so groß und schwer ist, oder?


Links zum Thema: <https://www.allianz-pro-schiene.de/themen/infrastruktur/schienenetz/>

Ihr fordert klimafreundliche Mobilität, aber eure Chefs und mobilen Pflegedienste fahren selbst mit Benzinern oder Diesel durchs Land

ANTWORTBAUSTEIN: Stimmt, hier ist die Caritas ein Spiegel der Gesellschaft. Es gibt schon heute Direktor_innen und Geschäftsführer_innen der Caritas, die mit dem Fahrrad zur Arbeit radeln, Bahn fahren oder ein E-Auto nutzen – aber eben auch viele die im großen Benziner oder Diesel vorfahren. Im Zuge unserer Strategie bis 2030 klimaneutral zu werden, werden viele Chef_innen in naher Zukunft umdenken müssen – auch bei der eigenen Mobilität.

Woher soll das Geld kommen für den Ausbau der Infrastruktur?

ANTWORTBAUSTEIN: Der Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur verschlingt viel Geld, das stimmt. Der größte Teil der nötigen Geldmittel könnte statt durch Steuern durch den Abbau von klimaschädlichen Subventionen gewonnen werden, für die der Bund jährlich mehr als 50 Milliarden Euro ausgibt. Auf keinen Fall aber sollten einkommensschwache Haushalte überproportional für den Infrastrukturausbau zur Kasse gebeten werden.



Sie haben noch Fragen, kommen im Community-Management nicht weiter oder brauchen weitere Informationen? Dann schreiben Sie uns gern an klimaschutz@caritas.de oder Besuchen sie den Caritas-Klimablog unter: www.klima.caritas.de/fragen_antworten

